

## **Regierungsrat**

Rathaus / Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
www.so.ch

Bundesamt für Gesundheit  
Abteilung Gesundheitsstrategien  
3003 Bern

13. November 2018

### **Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns mit Schreiben vom 4. September 2018 eingeladen, zum Bundesgesetz über die Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung eine Stellungnahme abzugeben.

Für diese Möglichkeit bedanken wir uns bestens. Wir unterstützen die Vorlage grundsätzlich. Einzig bei der Verankerung der Lohnfortzahlung für kurzzeitige Arbeitsabwesenheiten (Art. 329g OR) für kranke oder verunfallte verwandte oder nahestehende Personen regen wir an, dass das die Abwesenheit auslösende Ereignis näher spezifiziert wird. Darüber hinaus erachten wir es als angemessen, wenn eine Obergrenze von 20 bezahlten Abwesenheitstage pro Jahr definiert wird. Diese Anzahl entspräche dem heute geltenden minimalen Ferienanspruch.

Im Übrigen verweisen wir auf den ausgefüllten Fragebogen. Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.  
Roland Heim  
Landammann

sig.  
Andreas Eng  
Staatsschreiber

Beilage: Fragebogen